

Hartz-Reformen: Staat zahlt weniger für Arbeitslose	2
Unternehmensteuern: Die Großen schlüpfen durch die Maschen	3
Finanzmarktkapitalismus: Wo nur die Rendite zählt	4
Gesundheitsreform: Private mit ins Boot	6
Arbeitsbedingungen: Wissensarbeiter vor dem Kollaps	7
TrendTableau	8

STANDORT D

Erster Platz bei Maschinenlaufzeiten

Die deutsche Produktionswirtschaft führt: Mit gut 63 Stunden in der Woche liegt die durchschnittliche Betriebslaufzeit höher als bei den europäischen Nachbarn. Diesen Wettbewerbsvorteil verdanken deutsche Betriebe ihrer flexiblen Arbeitsorganisation. Das belegt der erste methodisch saubere europäische Betriebszeiten-Vergleich.*

High-Tech-Maschinen sind teuer, besonders wenn sie stillstehen. Deshalb versuchen Betriebe, durch geschickte Personal- und Arbeitszeitpolitik ihre Kapazitäten optimal auszulasten. **In punkto Maschinenauslastung liegt Deutschlands produzierendes Gewerbe mit 63,4 Betriebsstunden pro Woche auf Platz eins. Gesetzliche und tarifliche Arbeitszeitbeschränkungen gehen offensichtlich nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit.**

Die Arbeitszeitstrategien in den sechs untersuchten Ländern unterscheiden sich deutlich, zeigt die Studie im Auftrag der EU-Kommission: In der französischen Industrie dominiert die Schichtarbeit. Die Briten verlängern ihre Betriebszeiten eher durch sich überschneidende, zeitlich versetzte Arbeitszeiten. Deutschland geht den Mittelweg.

In keinem anderen der untersuchten Länder hat das produzierende Gewerbe mit so starken – und unvorhersehbaren – Auftragsschwankungen zu kämpfen wie in Deutschland. Je stärker Betriebe im internationalen Wettbewerb stehen, desto höher die Schwankungen.

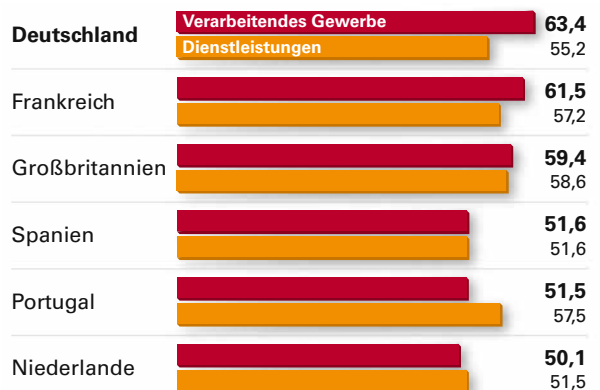
Die am häufigsten genutzte Anpassungsstrategie an Markterfordernisse ist die Variation der Arbeitszeiten. Ausnahme Portugal, das überwiegend mit Einstellungen und Entlassungen reagiert. **In Deutschland bewältigt die Produktionswirtschaft Nachfrageschwankungen zu 52 Prozent per Arbeitszeitanpassung** – je zur Hälfte mit traditionellen Instrumenten wie Überstunden oder Sonderschichten und mit modernen, flexiblen Arbeitszeitmodellen.

Kritischer als das produzierende Gewerbe beurteilt die Studie den hiesigen Dienstleistungssektor: Deutschland liegt hinter Frankreich und Großbritannien – nicht nur was die Beschäftigung, sondern auch was die Betriebszeiten angeht: Frisöre und Banken hinken Industrie, Energie- und Bauwirtschaft hierzulande gut acht Stunden pro Woche hinterher. ◀

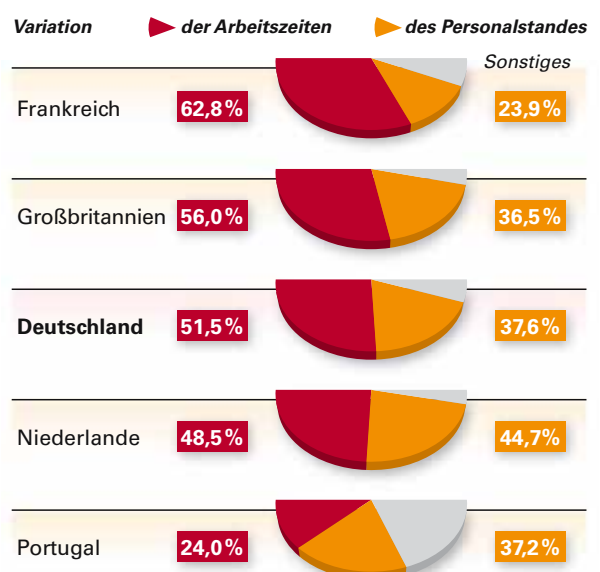
* Quelle: Frank Bauer, Hermann Groß: Betriebszeiten in Europa, in: WSI-Mitteilungen 6/2006
Download unter www.boecklerimpuls.de

Flexibler Arbeitseinsatz

So viele Stunden betragen die wöchentlichen Betriebszeiten* in...



Schwankungen der Geschäftstätigkeit werden im produzierenden Gewerbe ausgeglichen durch ...



Quelle: Bauer, Groß 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Staat zahlt weniger für Arbeitslose

Millionen neue Anspruchsberechtigte? Massenhafter Sozialmissbrauch? Kostenexplosion? Das WSI hat die verfügbaren Daten zu den Folgen der letzten Hartz-Reform zusammengestellt. * Ergebnis: Bisherige Erfahrungen stützen die Befürchtungen nicht. Insgesamt hat der Staat gespart.

Die Kosten der Arbeitslosigkeit sind seit der Hartz-IV-Reform nicht gestiegen. Zwar lagen die Ausgaben für Langzeitarbeitslose und ihre Familien 2005 um 5,8 Milliarden Euro höher als im Vorjahr. Dem stehen jedoch andere Einsparungen gegenüber:

- Für Arbeitslosengeld I und Insolvenzgeld hat die Bundesagentur für Arbeit im vergangenen Jahr 2,3 Milliarden Euro weniger ausgegeben als 2004.

- 5,5 Milliarden Euro hat die Arbeitsagentur bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik für ALG-I-Bezieher eingespart.

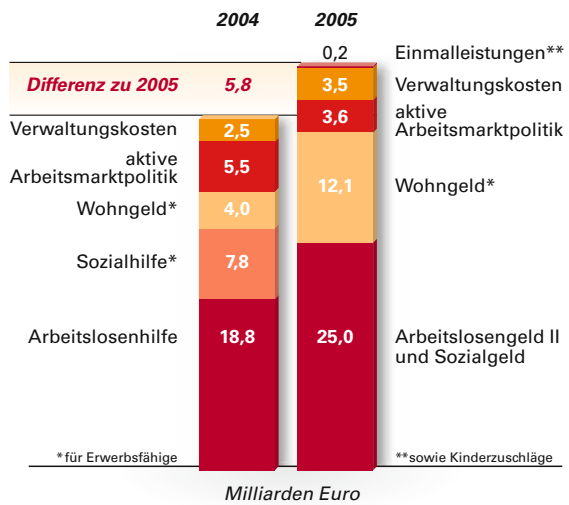
Von einer Kostenexplosion könne keine Rede sein, kommentiert das WSI. Die Forscher konstatieren vor allem „Einschnitte in der regulären Arbeitsförderung, zum Beispiel der Weiterbildung“.

5,8 Milliarden Euro Mehrausgaben für die Grundsicherung Arbeitsloser gehen größtenteils nicht auf das Konto von Hartz IV: Auch ohne die Reform hätten die Kosten laut WSI 2005 um 4,9 Milliarden Euro höher gelegen als im Vorjahr. 2006 werde ein weiterer Anstieg erwartet – auf insgesamt 47,8 Milliarden. Das liegt an einer zunehmenden Zahl von Bedarfsgemeinschaften. Die Zuwächse haben drei Gründe:

- Weniger verdeckte Armut: Heute beziehen viele Menschen ALG II bzw. Sozialgeld, die früher ihre Ansprüche auf

ALG II: Zusätzliche Belastungen

Ausgaben für Langzeitarbeitslosigkeit (SGB II)



Quelle: Bundesregierung 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Leistungen wie ergänzende Sozialhilfe nicht wahrgenommen haben. Allein die Quote der so genannten Aufstocker, die mit ALG-II-Leistungen die Lücke zwischen Arbeitseinkommen und Existenzminimum schließen, ist von 12 Prozent aller ALG-II-Bezieher im Jahr 2004 auf 18 Prozent 2005 gestiegen. Das sei die Folge einer „politisch gewollten und geförderten Ausweitung des Niedriglohnsektors“, so das WSI.

- Mehr Langzeitarbeitslose: Die Zahl der Erwerbslosen, die seit über einem Jahr ohne Job sind, steigt stetig an, von 1,3 Millionen Menschen im Jahr 2003 über 1,4 Millionen 2004 auf 1,5 Millionen 2005.

- Weniger ALG-I-Bezieher: Weniger Erwerbslose bekommen – trotz steigender Arbeitslosenzahlen – Arbeitslosengeld I und fallen so auf die Grundsicherung zurück. Im ersten Quartal 2006 lag die Zahl der ALG-I-Empfänger um 190.000 Erwerbslose unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Mögliche Erklärungen: Die seit 2006 verkürzte Bezugsdauer und die Konzentration der Arbeitsagenturen auf einen Teil der ALG-I-Bezieher bei der Jobvermittlung.

Für einen relevanten Einfluss des Leistungsmissbrauchs auf die Kostensteigerungen bei ALG II und Sozialgeld gebe es keine Hinweise, stellt das WSI fest. Die Auswertung eines Datenabgleichs der Bundesagentur mit anderen Behörden von 2005 ergab bislang lediglich zu Unrecht ausgezahlte ALG-II-Leistungen von 27 Millionen Euro. ◀

* Quelle: Judith Aust, Silke Bothfeld u.a.: Missbrauch und Kostenexplosion bei Hartz IV?, WSI-Thesenpapier, Juni 2006
 Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

ALG I: Die Bundesagentur spart

Gegenüber 2004 sparte die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2005 Versicherungsleistungen (SGB III) für...



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Keine Überraschung: Hartz IV für 7 Millionen

Die Zahl der erwerbsfähigen Bedürftigen ist durch Hartz IV nicht gestiegen. Das geht aus einer Kurzstudie der Verteilungsforscherin Irene Becker hervor. Im **Mai 2006** zählte die Bundesagentur für Arbeit in Deutschland **7,12 Millionen** ALG-II- und Sozialgeldempfänger. Die Zahl der Anspruchsberechtigten lag **Ende 2004**, unmit-

telbar vor In-Kraft-Treten der Reform, sogar geringfügig höher, bei **7,6 Millionen**. „Die überwiegende Mehrheit“ hat vor der Hartz-IV-Reform Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe oder beides bezogen, heißt es in der Stu-

die. Etwa 1,8 Millionen Hilfebedürftige lebten damals in verdeckter Armut, machten ihre Leistungsansprüche also nicht geltend.

Quelle: Irene Becker, Zwischenergebnis des Forschungsprojekts soziale Gerechtigkeit, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung, Juni 2006

Die Großen schlüpfen durch die Maschen

Die große Koalition berät intensiv über eine Reform der Unternehmensteuern. Das Ziel: eine Senkung der Steuerbelastung. Die tatsächlich gezahlten Steuern sind jedoch jetzt schon relativ niedrig, argumentieren WSI und IMK.* Hauptproblem des deutschen Steuersystems: zu viele Schlupflöcher. Diese nutzten gerade die großen, international agierenden Konzerne intensiv.

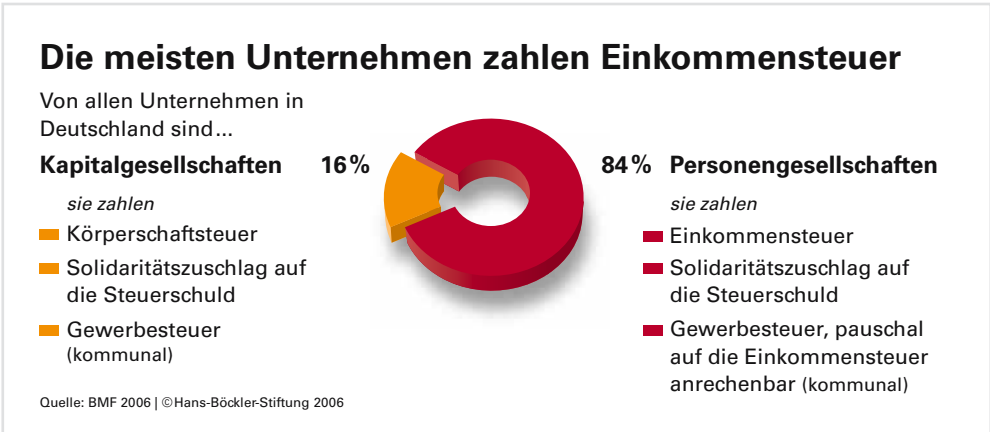
Aus den hohen Steuersätzen wird in der öffentlichen Diskussion oft fälschlicherweise auf eine ebenso hohe faktische Belastung der Unternehmen geschlossen. Diese sei schädlich für den Standort, hemme Investitionen und damit Wachstum und Beschäftigung. Dabei sei völlig unklar, wie groß die Effekte wirklich sind, so die Steuerexperten aus IMK und WSI, Achim Truger und Claus Schäfer: „Bisher gibt es keine Anzeichen, dass die Senkung der Unternehmensteuern zur Belebung der Wirtschaft taugt.“ Schlagen des Argument gegen eine Steuersenkung: die große Unternehmensteuerreform 2001. Für Kapitalgesellschaften verringerten sich die tariflichen Sätze für Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag insgesamt um mehr als ein Viertel, von 51,8 auf 38,6 Prozent.

Für Personenunternehmen sanken die Steuersätze im Zuge der Steuerreform 2000: Sie profitierten von der schrittweisen Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer von 2001 bis 2005. Damit sank die steuersatzmäßige Belastung der Personengesellschaften um ein Sechstel – von 54,5 auf 45,7 Prozent. Die Steuergeschenke für die Unternehmen bewirkten vor allem eines: Sie rissen ein riesiges Loch in den Staatshaushalt. Das Bundesfinanzministerium schätzt den reformbedingten Verlust an Steueraufkommen auf etwa zwölf Milliarden Euro jährlich. Die erhofften positiven Impulse für Wachstum und Beschäftigung blieben jedoch aus.

Gerade die großen, international tätigen Kapitalgesellschaften tragen in Deutschland im internationalen Vergleich nur sehr wenig zum Steueraufkommen bei. Der Grund sind die zahlreichen Möglichkeiten, die für die Körperschaftsteuer relevanten Gewinne klein zu rechnen oder ins Ausland zu verlagern. Lorenz Jarass, Professor an der Fachhochschule Wiesbaden, hat die vielen legalen Schlupflöcher minutös dargelegt:*

So lassen sich etwa Kosten für Auslandsinvestitionen von den in Deutschland erwirtschafteten Gewinnen steuerlich absetzen, ohne dass die im Ausland erzielten Erträge entsprechend besteuert werden müssen. Veräußerungserträge aus Unternehmensbeteiligungen sind von der Besteuerung freigestellt. Hinzu kommen großzügige Möglichkeiten zur Bildung stiller Reserven, die Verschiebung steuerlicher Bemessungsgrundlagen in Niedrigsteuerländer, die unbeschränkte Querverrechnung von Verlusten zwischen verbundenen Unternehmen. Eigenkapital in Deutschland wird ersetzt durch Fremdkapital eigener Finanzierungsgesellschaften im

Steueroasen-Ausland. Dessen Verzinsung ist in Deutschland steuerlich abzugsfähig – alles ganz legal. Faktisch werden so besonders international tätige Großunternehmen zu Lasten kleinerer und mittlerer Unternehmen privilegiert. Als Beispiel nennt Jarass Ikea Deutschland: Das Unternehmen schaffe es,



seinen zu versteuernden Gewinn so klein zu rechnen, dass ein mittelständischer Möbelhändler „bei gleicher Umsatzrendite mindestens doppelt so viel Steuern bezahlen“ muss.

„Um den Beitrag der Unternehmen zum Steueraufkommen wieder auf ein international übliches Niveau anzuhieven, müssen die Möglichkeiten der steuerlichen Gewinnminderung und -verlagerung entschlossen eingeschränkt werden“, fordern Schäfer und Truger. Dazu gebe es zwei Möglichkeiten – die sich durchaus ergänzen könnten:

► Zum einen sollten die bestehenden Schlupflöcher bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns geschlossen werden. Dazu gehört ein Verbot des Abzugs von Aufwendungen für steuerfreie Auslandserträge, die schärfere Trennung der privaten und der betrieblichen Sphäre, eine zeitnähere Bewertung, die Begrenzung der Verlustnutzung und die vollständige Besteuerung von Veräußerungsgewinnen.

► Zum anderen sollte vermehrt auf Komponenten zugegriffen werden, die Ertragsbestandteile des Unternehmens sind, aber über den steuerlichen Gewinn hinausgehen. Dazu gehören vor allem das Entgelt für die Nutzung des Fremdkapitals (Schuldzinszahlungen an die Kreditgeber) sowie das Entgelt für die Nutzung von Rechten Dritter (Zahlungen von Lizenzgebühren).

„Für die Einführung einer solchen Kapitalentgeltbesteuerung bietet sich in einem ersten Schritt eine Reform der Gewerbesteuer an“, so Jarass – ein Vorhaben, über das auch innerhalb der Koalition inzwischen nachgedacht wird. ◀

* Quellen: Gustav A. Horn, Achim Truger: Zur Reform der Unternehmensbesteuerung, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, März 2005; Lorenz Jarass, Gustav M. Obermair: Unternehmenssteuerreform 2008, Wiesbaden, Mai 2006
 Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Wo nur die Rendite zählt

Trotz Rekordgewinnen bauen viele Unternehmen Beschäftigung ab. Ein Grund: Sie stehen unter starkem Druck, dem Kapitalmarkt üppige Renditen zu liefern. Eine Studie* analysiert, wie Investmentfonds, Analysten und Rating-Agenturen die harte Konkurrenz des Finanzmarkts in die Unternehmen übertragen – und so deren Strategie bestimmen.

Pensions- und Investmentfonds besaßen 2003 gut 60 Prozent der Anteile an den 1.000 größten US-Aktiengesellschaften. Allein die 20 größten Fonds verfügten über rund 40 Prozent der Aktien amerikanischer Konzerne. In Deutschland verwalteten institutionelle Anleger im Jahr 2000 ein Vermögen, das 80 Prozent des deutschen Bruttosozialproduktes entsprach. Zehn Jahre vorher war es nur ein Drittel.






Die Wirtschaft verändert sich, weil sich das Eigentum an großen Unternehmen auf institutionelle Anleger konzen-

triert, häufig manipuliert sind“, schreibt Windolf. Die Fonds verwenden Berechnungsmethoden, die nicht vergleichbar sind, oder publizieren nur die überdurchschnittlichen Erträge. Ein weiteres Problem: Die Erwartungen der Anleger bestimmen – stärker als das Ertragspotenzial – die angestrebte Rendite der Unternehmen.

Die Investmentfonds geben den Konkurrenzdruck an die Unternehmen weiter, deren Aktien sie besitzen. Sie bedienen sich einer Doppelstrategie von Exit und Voice. Exit: Die

Fonds erwerben selten mehr als zwei Prozent an einem Unternehmen. So können sie ihre Aktien jederzeit verkaufen und in eine renditeträchtigere Anlage umleiten. Im Schnitt verabschieden sich Fonds nach 20 Monaten von ihrem Investment. Die Verkaufsdrohung macht wegen zu erwartenden Kursverlusten das Management gegenüber den Forderungen der Fonds gefügig. Voice: Obwohl sie in der Regel nur Minderheitsgesellschafter sind, finden sie auch auf Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften Gehör. Stimmen sich 20 Fonds mit je zwei Prozent ab, ist das eine relevante Gruppe. Die Kombination von Exit und Voice kann Unternehmen schaden. Windolfs Beispiel

Wie Investmentfonds anlegen

Anlagestil	Anlageobjekt	Kalkül des Investors	Risiko	Anteil an Fonds	Verkauf nach ø
Momentum	Unternehmen profitiert vom Börsentrend	Trend verstärken	 gering hoch	13,5%	15 Monaten
Aggressive growth	Unternehmen macht aktuell keinen Gewinn	auf starken Zuwachs hoffen	 gering hoch	8,9%	12 Monaten
Growth	Unternehmen macht aktuell wenig Gewinn	auf Zuwachs hoffen	 gering hoch	41,2%	22 Monaten
Value	Unternehmen in wichtigem Aktienindex (z.B. DAX)	Kontinuität erwarten	 gering hoch	14,2%	15 Monaten
Income	Unternehmen zahlt hohe Dividende	Gewinnausschüttung verlangen	 gering hoch	22,2%	26 Monaten

Auf Basis von 203 untersuchten US-Aktiengesellschaften, ihr Anteil an allen Aktienbesitzern beträgt 60,7%
Quelle: Hotchkiss, Strickland 2003 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

triert: Investment- und Pensionsfonds dringen machtvoller als Kleinanleger auf hohe Eigenkapitalrenditen, denken aber anders als sonstige Großeigentümer. Der Druck zwingt Manager zu einer „kurzfristigen Strategie der Profitmaximierung“, so Professor Paul Windolf. Langfristige Geschäftsstrategien lassen sich unter diesem Einfluss nur schwer verfolgen. Wie es den institutionellen Anlegern gelingt, Unternehmensziele zu diktieren, analysiert der Soziologe in der Literaturstudie „Was ist Finanzmarktkapitalismus?“.

Die Konkurrenz der Investment- und Pensionsfonds um Anleger treibt die Renditeerwartungen in die Höhe. Die Attraktivität eines Fonds für neue Kunden hängt von seinen bisherigen Erträgen ab: Erzielt ein Fondsmanager eine Rendite, die 1 Prozent über dem Schnitt der Konkurrenten liegt, kann er im Folgejahr mit 1,3 Prozent mehr Einlagen rechnen, so eine Untersuchung in den USA. Ein nicht konkurrenzfähiges Ergebnis gefährdet hingegen seinen Arbeitsplatz. „Der extreme Konkurrenzdruck führt dazu, dass die Erträge, die

ist die Deutsche Börse: „Eine Gruppe von Investmentfonds, die im Durchschnitt weniger als 18 Monate Eigentümer eines Unternehmens sind, kann das Management zwingen, eine auf langfristige Entwicklung angelegte Geschäftsstrategie aufzugeben und die kurzfristigen Renditeforderungen der Eigentümer zu erfüllen.“

► Die Helfer der neuen Eigentümer

Auch Analysten und Rating-Agenturen tragen dazu bei, Unternehmen auf Renditeziele zu verpflichten. **Analysten** reduzieren komplexe Prozesse eines Unternehmens auf wenige Kennzahlen. Wenn sie die künftigen Erträge des Unternehmens höher einschätzen, als der gegenwärtige Kurs widerspiegelt, raten sie zum Kauf, andernfalls zum Verkauf. Ihre Arbeitsweise wird kritisch gesehen:

► Viele Analysten haben nur wenig Berufserfahrung. Eine Untersuchung unter 12.300 Analysten an der Wall Street von 1983 bis 2000 ergab: Fast 50 Prozent von ihnen sind erst

zwei oder drei Jahre in diesem Job. Das beeinträchtigt die Qualität ihrer Arbeit, denn es ist belegt: Je länger ein Analyst in seinem Beruf ist, umso präziser werden seine Prognosen.

► Analysten arbeiten häufig für Wertpapierhäuser, die mit Aktien handeln. Sie werden von ihrem Arbeitgeber gedrängt, Prognosen zu publizieren, die geeignet sind, den Umsatz von Wertpapieren zu steigern. Darum werden sie eher für optimistische Prognosen als für Genauigkeit belohnt. Wer hohe Gewinne prognostiziert, hat bessere Chancen auf einen Job bei einem Top-Wertpapierhaus, so eine Studie – der Wert darf nur nicht allzu weit vom tatsächlichen abweichen.

Rating-Agenturen entscheiden über die Kapitalkosten von Unternehmen. Ein gutes Bonitätsurteil kann den Kurs von Anleihen und Aktien beleben oder Kreditzinsen senken. Der Rating-Markt ist hoch konzentriert, drei Agenturen dominieren ihn weltweit: Standard & Poor's, Moodys (beide zu je 40 Prozent) und Fitch Ratings (15 Prozent). „Es sind die Unternehmen, die um Rating-Agenturen mit hohem Prestige werben, um eine möglichst günstige Bewertung zu erhalten“, so Windolf. Die Agenturen kontrollieren, ob Unternehmen bestimmte Kapitalmarktstandards erfüllen – ob sie Quartalszahlen pünktlich veröffentlichen und Bilanzierungsvorschriften einhalten, Geschäftspolitik und Strategie transparent darstellen. Dadurch erleichtern sie institutionellen Anlegern das Exit- und Voice-Vorgehen. Ratings mit einer Skala von bis zu zehn Stufen suggerieren zudem „eine Genauigkeit der Prognose, die tatsächlich nicht möglich ist.“

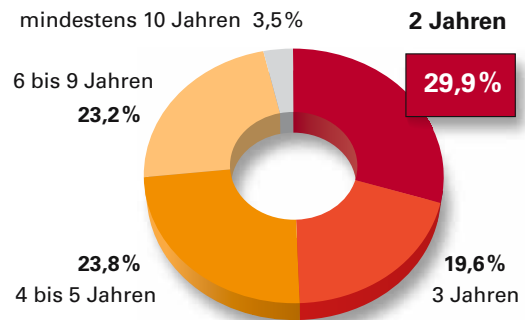
Rating-Agenturen sind die eigentlichen Schöpfer eines globalen Finanzmarktes. Sie bewerten Unternehmen weltweit in standardisierter Form, ihre Informationen stehen allen Marktteilnehmern zur Verfügung. Sie eröffnen damit Investmentfonds den raschen Zugriff auf Unternehmen.

► **Wie Fonds Manager disziplinieren**

Feindliche Übernahmen können Unternehmen treffen, deren Börsenkapitalisierung kleiner ist als ihr Wert. Das lockt so genannte Raider an, Finanzmarktakteure, die Aktionären höhere Preise als den Börsenkurs anbieten und üppige Erträ-

Analysten: Viel Einfluss, wenig Erfahrung

So viele Analysten arbeiten in ihrem Beruf seit...



Datenbasis 12.300 Analysten in 619 Investmentbanken und Wertpapierhandelshäusern 1983 bis 2000; Quelle: Hong, Kubick 2003 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

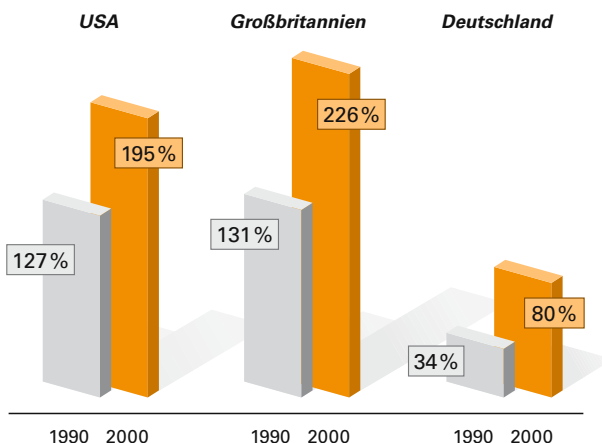
ge durch Restrukturierungen oder den Verkauf einzelner Unternehmensteile anstreben. Top-Manager werden nach einer feindlichen Übernahme häufiger entlassen als nach anderen Unternehmenskäufen - ein Grund, warum Manager willig die Vorgaben des Kapitalmarktes berücksichtigen und einen niedrigen Aktienkurs ihres Unternehmens zu vermeiden versuchen. „Wenige, tatsächlich durchgeführte feindliche Übernahmen disziplinieren durch ihre abschreckende Wirkung Tausende von US-Großunternehmen“, schreibt Windolf. Zwischen 1979 bis 1998 wurden 7,5 Prozent der an der Wall Street notierten Unternehmen feindlich übernommen. Die Kosten einer feindlichen Übernahme waren meist sehr hoch, für manche Unternehmen ruinös.

Der Verkauf von Tochtergesellschaften gegen den Willen der lokalen Führungskräfte hat einen ähnlichen Effekt. Schon die Drohung wirkt. Investmentfonds fordern, dass alle Unternehmensteile Renditen erreichen, die sich an Benchmarks – etwa der Eigenkapitalrendite führender Konkurrenten – orientieren. Bleibt eine Sparte dahinter zurück, steht sie zur Disposition. Das erschwert es den Unternehmenstöchtern, langfristig zu planen.

Aktioptionen für Manager bergen ein beträchtliches Risiko, zeigen Erfahrungen in den USA. Sie „verlagern die Interessen der Manager tendenziell auf die Finanzmärkte“ und unterminieren dadurch die Loyalität der Führungskräfte zum sozialen Gebilde „Unternehmen“, warnt der Soziologe. „Je höher die kurzfristigen Gewinne aus Aktioptionen im Vergleich zu den langfristigen Einkommenschancen, die Manager im internen Arbeitsmarkt des Unternehmens erwarten können, umso stärker ist der Anreiz zum Opportunismus.“ Der Betrugsfall des amerikanischen Energiekonzerns Enron – sein ehemaliger Vorstandschef Kenneth Lay erhielt aufgrund von Finanzmanipulationen 131 Millionen US-Dollar im Jahr in Form von Aktioptionen – war in dieser Anreizstruktur begründet. „Wenn Aktioptionen so exorbitante Einkommenschancen bieten, ist Loyalität zum Unternehmen kein starkes Handlungsmotiv mehr.“ ◀

Reiche Investmentfonds

Das Vermögen von Investmentfonds im Vergleich zum Bruttosozialprodukt betrug in...



Quelle: OECD, Financial Market Trends 2001 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

* Quellen: Paul Windolf: Finanzmarktkapitalismus: Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, VS-Verlag, Wiesbaden 2005; und: Das neue Regime des Finanzmarkt-Kapitalismus, in: Magazin Mitbestimmung 6/2006
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Private mit ins Boot

Ein Gesundheitsfonds als zentrale Inkassostelle für die Krankenversicherung allein wird die Finanzprobleme im deutschen Gesundheitssystem nicht lösen. Als Werkzeug für einen fairen Wettbewerb zwischen Gesetzlicher (GKV) und Privater Krankenversicherung (PKV) könnte er aber nützlich sein, analysieren Gesundheitsexperten von IMK und WSI.*

Bei der konkreten Ausgestaltung eines möglichen Gesundheitsfonds, wie ihn zuerst der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium vorgeschlagen hatte, sind noch viele Punkte offen. Zu früh also für eine abschließende Bewertung aller Risiken und Nebenwirkungen. Bei einem zentralen Defizit des deutschen Systems könnte die Inkassostelle aber eine Lösung erleichtern, schreiben die Gesundheitsfachleute Simone Leiber und Rudolf Zwiener aus WSI und IMK in einem Diskussionspapier: Der Fonds biete grundsätzlich einen „optimalen Anknüpfungspunkt“, die PKV in das einkommensabhängige Beitrags- und Umverteilungssystem mit einzubeziehen.

Somit könnte eine Inkassostelle dabei helfen, GKV und PKV in ein gemeinsames System zu integrieren, sprich: endlich Wettbewerb unter gleichen Voraussetzungen zu ermöglichen. Denn bislang haben die PKV und ihre oft gut verdienenden Mitglieder große Vorteile – sie **beteiligen sich weder am Einkommensausgleich für Personen mit geringem Einkommen, noch an den Ausgaben für versicherungsfremde Leistungen, noch am Risikostrukturausgleich für Kassen mit vielen Schwer- und chronisch Kranken**. Das zu ändern wäre eine Voraussetzung, um das Gesundheitssystem „gerechter und nachhaltig“ zu finanzieren, so die Wissenschaftler.

Technisch würde das so funktionieren: Alle Versicherten und deren Arbeitgeber zahlen einkommensabhängige Beiträge an die Inkassostelle. Die stellt dann jedem Mitglied einen Beitragsscheck aus, mit dem es sich bei einer Kasse seiner Wahl versichern kann. Dieser Beitragsscheck muss nicht zwingend einheitlich sein, eine Orientierung am Lebensalter der Versicherten erleichtert den weiteren Risikostrukturausgleich. Dabei können die durchschnittlichen Ausgaben der GKV je Altersgruppe als Basis dienen. Mitglieder einer Privatversicherung erhalten einen Scheck in gleicher Höhe wie GKV-Versicherte.

Der Risikostrukturausgleich zwischen den verschiedenen Kassen könnte ebenfalls über die Inkassostelle laufen – und einfacher werden. Weiterer Vorteil: Für den Fall, dass künftig mehr Steuermittel ins Gesundheitssystem fließen, wie es IMK und WSI prinzipiell befürworten, wären schon die nötigen organisatorischen Voraussetzungen geschaffen: „Dazu muss der Staat nur seine finanziellen Leistungen an die Inkassostelle aufstocken. Im Gegenzug können die Beitragssätze gesenkt werden.“

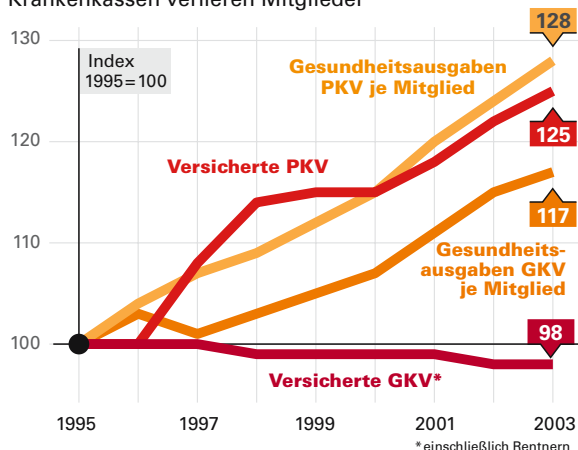
Das Potenzial wäre also da, um einen einheitlichen Krankenversicherungsmarkt zu schaffen – es muss aber systematisch genutzt werden. Versuche, lediglich an den „Symptomen der heutigen Zweiteilung“ herumzukurieren, brächten

wenig, warnt das Institut für Gesundheits- und Sozialforschung (IGES). Zu solchen halbherzigen Ansätzen zählen die Wissenschaftler aus Berlin etwa isolierte Abschlagszahlungen der Privatversicherten oder der PKV an die gesetzlichen Kassen. Die würden die eigentlichen Probleme nicht lösen. Stattdessen seien permanente Konflikte zu erwarten – unter anderem deshalb, weil bislang kaum belastbare Daten erhoben wurden, aus denen sich eine angemessene Zahlungssumme berechnen ließe.

Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hat IGES in einer Studie bereits drei Modelle entwickelt, mit denen sich ein integriertes Krankenversicherungssystem relativ schnell verwirklichen ließe. Sie haben gemein, dass die Privatversicherten teilweise in einen solidarischen Risikoausgleich einbezogen werden – für alle Leistungen, die dem Tarif der GKV entsprechen. Dabei bleiben bestehende materielle Ansprüche

Die Gerechtigkeitslücke schließen

Der Stand heute: Stärker steigende Kosten bei den Privaten Krankenversicherern – aber Gesetzliche Krankenkassen verlieren Mitglieder



Die Alternative:

Ein integriertes Krankenversicherungssystem...

- bietet der ganzen Bevölkerung lebenslangen Versicherungsschutz.
- finanziert sich aus Beiträgen, die die individuelle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Versicherten berücksichtigen.
- bringt allen Versicherten die gleichen Möglichkeiten der Wahl zwischen unterschiedlichen Krankenkassen.
- bedeutet gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Krankenkassen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, BMGS; IGES 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

der PKV und ihrer Mitglieder, also die Alterungsrückstellungen in Milliardenhöhe, gewahrt.

„Diese Konzepte zeigen, dass eine Integration möglich ist“, sagt WSI-Expertin Leiber. „Kommt der Gesundheitsfonds, kann und muss die PKV einbezogen werden.“

* Quellen: Simone Leiber, Rudolf Zwiener: Zwischen Bürgerversicherung und Kopfpauschale: Vorschläge für eine tragfähige Kompromisslösung, WSI-Diskussionspapier Nr. 146, Juni 2006; IGES: Stabilisierung der Finanzierungsbasis und umfassender Wettbewerb in einem integrierten Krankenversicherungssystem, Abschlussbericht, erscheint demnächst als Buch in der edition sigma, Berlin
Download unter www.boecklerimpuls.de

Wissensarbeiter vor dem Kollaps

Schlaflos, übermüdet, nervös: IT-Spezialisten in Projektteams opfern ihre Gesundheit oft den Anforderungen des Berufs. Trotz vergleichsweise großer Freiheiten – Selbstbestimmung, Eigenverantwortung, Flexibilität – macht die Arbeit in der „Leitbranche der Wissensgesellschaft“ überdurchschnittlich häufig krank, fanden Arbeitswissenschaftler des IAT heraus.*

Fast ein Drittel stand vor dem Burn-out: 31 Prozent der vom Institut Arbeit und Technik (IAT) befragten Projektmitarbeiter von EDV-Dienstleistern gaben an, nach der Arbeit nicht mehr abschalten zu können. 41 Prozent zeigten nach Ansicht der Wissenschaftler bereits „massive Anzeichen einer chronischen Erschöpfungssymptomatik“.

Verglichen mit den Ergebnissen repräsentativer Befragungen unter allen Beschäftigten leiden die Computerspezialisten bis zu viermal öfter unter psychosomatischen Beschwerden: über zwei Drittel unter permanenter Müdigkeit, mehr als die Hälfte an Nervosität, ein Drittel an Magenschmerzen, ein Viertel an Schlafstörungen.

In der Forschung galt Projektarbeit lange als „gute“ Arbeit. Die Befunde relativieren diese Annahme erheblich.

Die in der IT-Branche vorherrschende Projektarbeit – zeitlich befristete Einsätze in wechselnden Teams mit wenig formalisierten Arbeitsabläufen – haben die Arbeitswissenschaftler lange vernachlässigt, so die IAT-Forscher. Vermutlich, weil Projektarbeit wegen eines hohen Maßes an Selbstbestimmung im Gegensatz zu fremdbestimmten Arbeitsprozessen in der Produktion als „gute Arbeit“ angesehen wurde. Um die Wissenslücke zu schließen, hat das IAT die Mitarbeiter von sieben Projektgruppen in vier IT-Firmen, vom Startup- bis zum Großunternehmen, zwölf Monate lang regelmäßig und ausführlich zu ihrer Arbeitsbelastung befragt. So gelang es den Forschern, die häufigsten psychischen Belastungsfaktoren herauszufiltern.

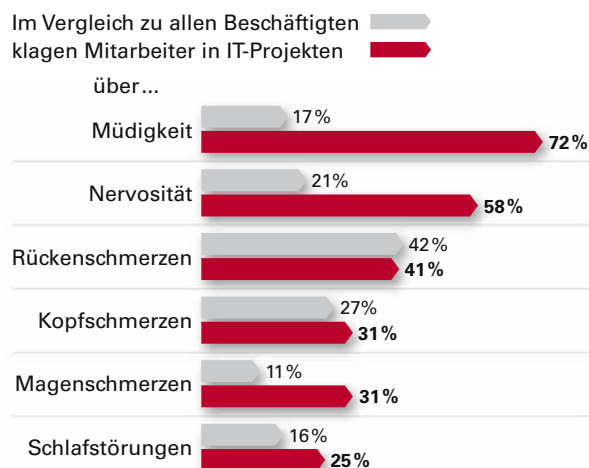
Stressfaktor Nummer eins: Widersprüchliche Arbeitsanforderungen

Ständig wechselnde – oft unvereinbare – Vorgaben von Kunden und Management, unvorhersehbare Änderungswünsche, nicht eingeplante Zusatzaufgaben. Das alles müssen Projektmitarbeiter bewältigen, ohne die ursprünglich vorgesehenen Kostenlimits zu überschreiten oder vereinbarte Auslieferungstermine verschieben zu können.

Der Termindruck nimmt noch einmal zu, wenn Projekte ins Stocken geraten, weil sie erst Entscheidungen des Managements oder des Kunden abwarten müssen. Technische Pannen, mangelhafte Soft- oder Hardwarekomponenten kommen hinzu. Das führt zu „ausufernden Arbeitszeiten“ bei einer „gleichzeitigen Verdichtung“ der Arbeit, so die Beobachtung der Wissenschaftler.

Die Mitarbeiter sollen einerseits immer auf dem neuesten Stand der Technik sein, andererseits bleibt ihnen keine Zeit sich fortzubilden. Zudem sind sie häufig für mehrere Projekte gleichzeitig zuständig, deren „kritische Phasen“ sich zeitlich überschneiden.

Projektarbeit macht müde



Quelle: Institut Arbeit und Technik 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Zwar gewinnen die EDV-Tüftler ihrem Job durchaus positive Seiten ab: freie Einteilung der Arbeitszeit, kooperatives Verhältnis zu den Kollegen, offenes Organisationsklima, interessante und anspruchsvolle Tätigkeiten. Aber „die Annahme, neue Formen der Wissensarbeit seien generell mit hohen Autonomiegraden und Selbstregulationspotenzialen verbunden“, kann das IAT nicht bestätigen. In den meisten der untersuchten IT-Projekte beschränkte sich die Entscheidungskompetenz der Mitarbeiter auf die Detailplanung. Sie haben jedoch „keinen substantziellen Einfluss auf die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit“, so das IAT.

Die Wissenschaftler raten, die betriebliche Arbeitszeitpolitik mit Kontenmodellen, Regelungen zur Wochenendarbeit und Pausenmodellen als Ansatzpunkt für eine verbindliche Regelung von Erholungsphasen zu nutzen. Freiräume zur Stressbewältigung in der Projektarbeit sollten gleich bei Vertragsabschluss mit dem Kunden geschaffen werden.

Bewusstsein für die Notwendigkeit regelmäßiger Pausen fehlt

Zuerst müsse aber bei allen Beteiligten, Management wie Mitarbeitern, das Bewusstsein für die Notwendigkeit regelmäßiger Pausen und freier Tage geschaffen werden – zum Beispiel durch Schulungen und Workshops. Denn die Auswertungen zeigen: Besonders burn-out-gefährdet sind Mitarbeiter, die länger als acht Wochen ununterbrochen unter Stress standen. ◀

* Quelle: Erich Latniak, Anja Gerlmaier: Zwischen Innovation und alltäglichem Kleinkrieg, in: IAT-Report 4/2006

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Regina Droge; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Karin Rahn, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter; Telefon 02 11/77 78-286, Fax 02 11/77 78-207; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Immer mehr haben nur Minijobs
 Ausschließlich geringfügig beschäftigt waren ...

März 2005	4,73 Mio.
März 2006	4,92 Mio.

+4,1%

BA, Arbeitsmarktbericht Mai 2006

BILDUNG

Weniger Erstsemester
 Anteil der Studienanfänger an gleichaltriger Bevölkerung

Jahr	Anteil (%)
2002	37,1%
2003	38,9%
2004	37,0%
2005	36,7%

Statistisches Bundesamt 2005

GENDER

Die Chefin hat seltener Kinder
 So viele Führungskräfte leben mit Kindern in einem Haushalt...

Gender	Anteil (%)
Männer	53%
Frauen	32%

IAB, Kurzbericht 9/2006

GESUNDHEIT

Jeder neunte Euro für die Gesundheit
 Anteil der gesamten Gesundheitskosten am Bruttoinlandsprodukt

Jahr	Anteil (%)
1993	10,2%
1997	10,9%
2000	10,8%
2003	11,3%

Statistisches Bundesamt 2005

EINKOMMEN

Alleinerziehende mit kleinem Budget
 Ein Nettoeinkommen von weniger als 1.300 Euro im Monat haben unter den ...

Alleinerziehenden

Alleinerziehenden	53,4 %
Paarhaushalten	6,7 %

Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren
 Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2005

OST WEST

Osten produziert für's Inland
 Der Anteil der Exporte am Umsatz der Industrie beträgt im Westen und Osten ...

Region	Anteil (%)
Westen	40,9%
Osten	25,5%

Stand 2004
 Ostdeutscher Bankenverband 2006

MITBESTIMMUNG

Betriebsrat erhöht Chance auf Teilzeit
 Für höher Qualifizierte ist der Wechsel auf eine Teilzeitstelle leicht möglich in Unternehmen...

Bedingung	Anteil (%)
ohne Vertretung	37%
mit Betriebsrat	53%

Umfrage unter 21.000 Managern und 5.200 Beschäftigten in 21 EU-Staaten, Eurofound 2006

ZUFRIEDENHEIT

Solidarische Gesellschaft gewünscht
 Die Regierung sollte sich für eine Gesellschaft einsetzen, in der es ankommt auf:

Präferenz	Anteil (%)
mehr Leistung	26%
beides gleich	19%
mehr Solidarität	52%

keine Angabe 3%
 1.000 repräsentative Wahlberechtigte
 Infratest Dimap für ARD, Juni 2006

► **STANDORT:** Deutschland ist für Unternehmen eines der drei attraktivsten Länder weltweit. Das geht aus einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young hervor. Vorstände und Geschäftsführer von 1.019 Unternehmen aus dem In- und Ausland setzen in einer Umfrage die USA und China an die Spitze. In Europa gilt Deutschland als bestes Ziel

für Direktinvestitionen. Besonders geschätzt werden die Infrastruktur, die Qualität von Forschung und Entwicklung sowie die gute Ausbildung der Arbeitskräfte. Dies hat dazu geführt, dass der Standort Deutschland im Vergleich zum Vorjahr zwei Plätze gut gemacht hat. Auch andere Industrienationen wie die USA und Japan haben sich in den Augen der Chefs

verbessert, während Billiglohnländer an Zuspruch verlieren. So rutscht China vom ersten auf den zweiten Platz.
 Ernst & Young, Juni 2006

► **DIENSTLEISTUNG:** Das Gros der Servicekräfte im WM-Gastgeberland wird nur schlecht bezahlt. In Hotels und Gaststätten arbeiten die Beschäftigten zu über 70 Prozent für Niedriglöhne, zeigt

eine Studie des Instituts Arbeit und Technik (IAT). Als Niedriglohnschwelle gilt für das IAT die OECD-Definition. Diese entspricht einem Stundenlohn von 9,58 Euro brutto in Westdeutschland und von 6,97 Euro im Osten. Beim Reinigungspersonal beträgt der Anteil der Niedriglöhner sogar 80 Prozent.
 IAT, Juni 2006

Der nächste Böckler Impuls erscheint nach der Sommerpause am 6. September

bestellen unter www.boecklerimpuls.de